

Themenschwerpunkt: Die USA nach der Präsidentenwahl. Mobilisierung sozialer Bewegungen und eine gesplante Zivilgesellschaft

Hubertus Buchstein*

Postpopulismus und Demokratie in den USA

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2021-0004>

Zusammenfassung: Die amerikanische Demokratie tritt nach der Wahl Joseph Bidens zum Präsidenten in das interessante Stadium des Postpopulismus. Die Chancen, dass die gesellschaftspolitischen Ursachen des Rechtspopulismus in Bidens Regierungszeit beseitigt werden können sind angesichts der verfassungsbedingten Restriktionen allerdings gering. Die Gefahr, dass es in einigen Jahren zu einem erneuten, aber diesmal erfolgreichen Versuch einer Subversion der liberalen Demokratie von oben durch eine neue rechtspopulistische Präsidentschaft kommen kann, ist somit nicht gebannt.

Abstract: Joseph Biden's victory has turned democracy in the United States in a difficult postpopulist condition. The chances, however, for his government to deal with the deeper socio-political roots of right-wing populism in a successful way remain slim. The United States of America faces the real danger of a strong comeback of right-wing populism in a few years and new attempts to subvert liberal democracy from above.

Die Fragilität der liberalen Demokratie¹

Der demokratische Verfassungsstaat, so Jürgen Habermas in den Schlusspassagen seiner großartigen ‚Auch eine Geschichte der Philosophie‘, ist „in einem besonderen Maße störanfällig, weil der politische Prozess über alle Ebenen des Systems durchgängig von Elementen der Deliberation geprägt und deshalb auf informelle gesellschaftliche und kulturelle Rahmenbedingungen angewiesen ist“ (Habermas 2019: 765). Mit dem Zwang rechtlich verfasster Institutionen lasse sich

¹ Für kritische Kommentare danke ich Frank Fischer, Sara Gebh, Kerstin Pohl, Milos Rodatos und Thomas Stamm-Kuhlmann, die freilich eine Reihe meiner Einschätzungen nicht teilen.

*Kontakt: Hubertus Buchstein ist seit 1998 Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Greifswald, E-Mail: buchstei@uni-greifswald.de

die Erfüllung solch anspruchsvoller Voraussetzungen nicht gewährleisten. Ohne das Entgegenkommen einer ermächtigenden kulturellen und einer ermöglichenden gesellschaftlichen Infrastruktur können die für die Legitimation der Herrschaft wesentlichen Voraussetzungen der Demokratie keinen Halt in der sozialen Realität finden.

Habermas zufolge lässt sich heute selbst in den ältesten Demokratien auf den wirtschaftlich und machtpolitisch an Bedeutung verlierenden Kontinenten ein Zerfall dieser Infrastruktur beobachten. Auch wenn deren vielfältigen Ursachen nicht leicht auf einen Nenner zu bringen seien, so erinnere die derzeitige Krise der Demokratie an die wenig überraschende Tatsache der besonderen „Fragilität einer Staatsform, die auf dem freien Flottieren von Gründen basiert“ (Habermas 2019: 766). Die Regierungszeit Donald Trumps liest sich wie eine bunte und laute Bebilderung des abstrakt klingenden demokratietheoretischen Diktums von Habermas.

Nur eine knappe Abwahl

Das Wahlergebnis in den USA wurde zu einem schillernden Exempel für die Verletzlichkeit und Angreifbarkeit der liberalen Demokratie. Zwar votierten insgesamt nahezu 80 Millionen Wähler und Wählerinnen für den neuen Amtsinhaber Joseph Biden – so viele Stimmen konnte in der langen Geschichte der Vereinigten Staaten noch kein Kandidat auf sich vereinen. Angesichts der Tatsache, dass Donald Trump sein für viele überraschendes Wahlergebnis von 2016 in absoluten Zahlen noch einmal steigern konnte, blieb der demokratische Jubel allerdings vielen im Halse stecken.

Bei der ersten Wahl von Donald Trump konnte man noch vermuten, dass viele seiner Wählerinnen und Wähler nicht genau wussten, wem sie mit ihrer Stimme zum Sieg verholfen hatten oder dass sie eine Proteststimme abgeben wollten. Trump hat es während seiner Amtszeit jedoch geschafft, von seinen Anhängern als authentischer, vom politischen Betrieb noch nicht weichgespülter, „weiße“ amerikanische Werte verteidigender Geschäftsmann geradezu verehrt zu werden. Nach diesen vier Jahren gab es keine Unklarheiten über ihn mehr und im November 2020 wusste jede und jeder von Trumps Wählerinnen und Wählern genau, dass und warum sie oder er einen faschistoiden Egomane einem Kandidaten vorzogen, dessen Programmatik nicht mehr und nicht weniger versprach als die Rückkehr zu etwas mehr Respekt, Sachlichkeit und Kompromissbereitschaft. Rund 74 Millionen Wählerinnen und Wähler (47,1 Prozent) haben dieses Angebot ausgeschlagen, indem sie sich für einen Kandidaten mit einer offen rassistischen

und radikal rechten Agenda entschieden. Wäre Corona nicht „dazwischen gekommen“, wäre Trump vermutlich wiedergewählt worden.

Es ist nicht einfach, das Phänomen Donald Trump mit Hilfe der traditionellen politikwissenschaftlichen Begrifflichkeit genau einzuordnen. Habituell und seinen Verlautbarungen nach hat er sich als ein Despot zu erkennen gegeben, der, wenn es nur nach ihm gegangen wäre, das Präsidentenamt am liebsten als Diktator ausgeübt hätte (vgl. König 2020: 280 ff). Aber weder die politikwissenschaftlichen Termini Rechtspopulismus, Autoritarismus, Faschismus und Rechtsradikalismus, noch Vergleiche mit dem Peronismus sind jeder für sich genommen treffend, um seine Ambitionen genau zu bezeichnen. Trumps Sympathien für autoritäre Regime sind offensichtlich, ebenso der rechtsradikale Inhalt vieler seiner Ansichten und Äußerungen. Mit dem historischen Faschismus Italiens wiederum teilt er seine aggressiven propagandistischen Feinderklärungen und seine zuweilen überraschende programmatische Flexibilität. Da sein rastloses Agieren eingebettet blieb in ein politisches Institutionensystem, das er in den vier Jahren seiner Amtszeit lediglich teilweise beschädigen konnte, ist es vermutlich am treffendsten, seine Präsidentschaft dem Regierungstypus des (Rechts-)populismus zuzuordnen², wenn auch mit einigen Besonderheiten.

Das rechtsradikale Erbe in den USA

Dass es dann in gleich mehreren der so genannten Swing States knapp für Biden reichte, mag in den zermürbenden Tagen nach der Wahl zwar für etwas Erleichterung gesorgt haben, allerdings nur temporär. Es gibt keinen Grund, die Abwahl von Donald Trump als einen großartigen Sieg revitalisierter demokratischer Kraft in den USA zu feiern, denn dazu ist das Ergebnis zu knapp ausgefallen. Mit der Wahl von Trump im Jahr 2016 waren die Vereinigten Staaten das einzige OECD-Land, in dem ein Kandidat mit einem unverblümt radikalen rechten Programm eine Wahl gewinnen konnte (vgl. Przeworski 2019: 123). Seine Wahl war freilich kein „Betriebsunfall“ der amerikanischen Geschichte, sondern sie war das zwar nicht zwangsläufige, aber dennoch auch nicht völlig überraschende Ergebnis von längerfristigen gesellschaftlichen und politischen Trends in den USA.

² So über die Grenzen ihrer unterschiedlichen politik- und gesellschaftstheoretischen Positionen hinweg auch Müller (2016), Jörke/Selk (2017) und Mudde/Kaltwasser (2019).

Offene Sympathien für rechtsradikales Gedankengut sind keine Spezialität der Regierungszeit Trumps. Man denke an die Mobilisierung gegen Präsident Roosevelt oder die politischen Verfolgungen der McCarthy-Ära. Heute sind die USA in einer völlig anderen Situation. In den vergangenen drei Jahrzehnten haben sich jedoch einige aus Sicht der empirischen Demokratieforschung für die Stabilität von Demokratien besonders relevante Faktoren erneut in eine negative Richtung verändert.³ Waren die USA im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst einer der eindeutigen Gewinner, so sind sie mittlerweile zu einem Land geworden, in dem viele Industrien unter dem Druck der internationalen Märkte aufgegeben werden mussten. Während das Durchschnittseinkommen in den meisten OECD-Ländern erst seit der Finanzkrise von 2008 sinkt, stagniert es in den USA schon seit den 1990er Jahren. Demgegenüber sind die Spitzeneinkommen deutlicher gestiegen als in den anderen Ländern, während der Mindestlohn stagniert. Zugleich verkommen Gesundheitswesen, Infrastruktur und Bildungswesen auf eine im OECD-Vergleich gravierende Weise und führen zu einer zunehmenden System-Unzufriedenheit und wachsender politischer Polarisierung.

Hinzu tritt eine lange Tradition von fremdenfeindlichen und unverhohlenen rassistischen Einstellungen, deren Zunahme im Fall der USA in einem eindeutigen kausalen Zusammenhang mit der Zunahme von Einkommensungleichheit und politischer Polarisierung steht (vgl. McCarthy/Poole/Rosenthal 2016). Autoritarismus, Xenophobie, Rassismus und Nativismus gibt es in den USA wie in vielen anderen westlichen Demokratien seit jeher. Die sozioökonomischen Veränderungen der vergangenen drei Jahrzehnte haben derartige Einstellungen in den USA jedoch verstärkt und Trump hat die Artikulation solcher Einstellungen auf höchster Ebene in der amerikanischen Öffentlichkeit salonfähig gemacht, indem er die sozialen Medien virtuos nutzte.

Trumps Wahlkämpfe und seine Regierungszeit sind eine Epoche in der Geschichte der USA, in der weit verbreitete Vorurteile, die zuvor durch Normen des politischen Anstands zumeist unterdrückt worden waren, wieder offener zum Vorschein gekommen sind und sich dadurch verstärkt haben. Es gibt keinen Anlass für die Vermutung, dass sich dies durch den Regierungsantritt Bidens wie durch ein Wunder erledigen wird. Angesichts der Lügen und Verschwörungstheorien, mit denen Trump sich bis zuletzt weigerte, seine Wahlniederlage anzuerkennen, darf man für die kommenden Jahre vielmehr mit einem sogar noch stärkeren rechtsradikalen Trommelfeuer rechnen.

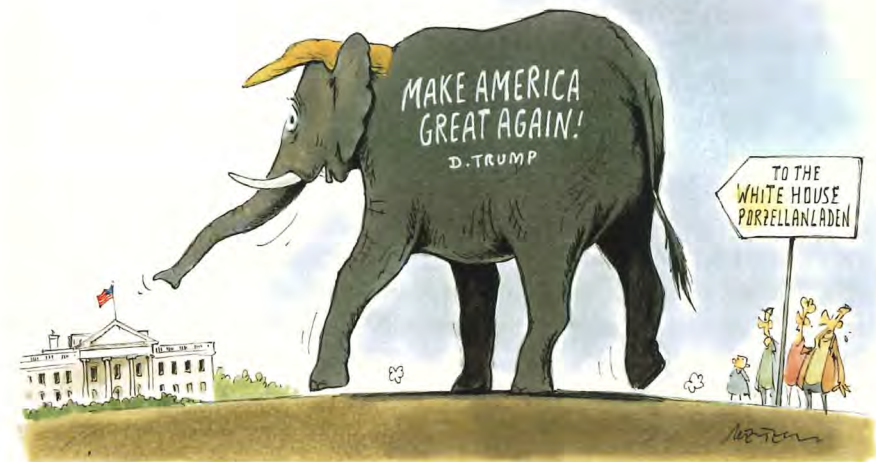
³ Vgl. zu den folgenden Angaben Przeworski (2019: 123–132).

Rechtspopulismus an der Regierung

Der Populismus hat in den USA eine lange Tradition. Sie reicht mit ihrer aggressiven Rhetorik bis zur Präsidentschaft von Andrew Jackson in die 1820er Jahre zurück. Am prominentesten ist die selbsternannte 'Populist Party', die mit ihrer linkspopulistischen Agenda in den 1890er Jahren bedeutende Wahlerfolge erlangte (vgl. Müller 2020). Trump hingegen ist ein Vertreter eines Rechtspopulismus, der im vergangenen Jahrzehnt auch in anderen Ländern einen beachtlichen Aufstieg erfuhr. Dabei kam der Präsidentschaft Donald Trumps in mehrfacher Hinsicht eine herausragende Bedeutung zu.

Zum einen markierte sie den Sieg eines skrupellosen Lügners in einem Land, dessen weltweite Reputation seit dem Ersten Weltkrieg davon zehren konnte, trotz der oben erwähnten Schattenseiten und trotz mancher Mängel insgesamt als Musterbeispiel für eine aufgeklärte westliche Demokratie zu gelten. Das hat den Ruf der USA in der demokratischen Welt nachhaltig beschädigt – und zugleich einen immensen Aufschwung der politikwissenschaftlichen Populismus- und Autokratieforschung in Gang gesetzt.

Nach dem ersten Schock wurde der Trumpsche Überraschungssieg schnell mit den beruhigenden Worten flankiert, ihm würden durch die ausgeklügelten 'checks and balances' des amerikanischen politischen Systems straffe Zügel angelegt. Diese Erwartung erwies sich jedoch schnell als Illusion.



Zum anderen bot Trump während seiner vier Regierungsjahre das Bild eines Populisten, dem Pressefreiheit und scharfe öffentliche Kritik kaum etwas anhaben konnten, ebenso wenig wie die Tatsache, dass eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ihn ablehnt. Das schnelle Einknicken der Republikanischen Partei und der von ihr dominierten Institutionen gegenüber Trumps digitaler Hetzpropaganda und seiner fanatischen Basis hat schonungslos bloßgelegt, dass die Selbst- und Fremdwahrnehmung, die USA seien eine aufgeklärte Demokratie, größtenteils Fassade ist: „Trumpism is not a social pathology but another instance of the general pathology that is American political culture“ (Gordon 2019: 68).

Trump ist es in den vier Jahren seiner Präsidentschaft gelungen, eine für die Demokratie elementare politische Kultur, die auf Argumente, Kompromisse und Ausgleich setzt, weiter zu zerstören. Die Folge ist eine Polarisierung, wie es sie seit dem Bürgerkrieg der Jahre 1861–1865 nicht mehr gab. Harte politische Konflikte und polarisierte Wahlen hat es in der Geschichte der USA auch nach dem Bürgerkrieg zwar immer wieder einmal gegeben. Doch Trump war der erste Präsident der USA, der die innenpolitische Feinderklärung zur Haupttriebkraft seiner politischen Mobilisierung gemacht hat.

Vergleicht man demgegenüber die nachgiebigen und friedensstiftenden Bemühungen der Nordstaaten nach ihrem Sieg im Bürgerkrieg um die Wiedernäherung der von Rassisten regierten Südstaaten in den 1870er Jahren, wird die historische Dimension des spalterisch agierenden Trump erst wirklich deutlich. Seine Lügen- und Hetzpraxis hat System: Sie zerstört die Möglichkeit, dass politische Gegner eine gemeinsame Argumentationsbasis finden können (vgl. König 2020: 205 ff). Aus demokratietheoretischer Perspektive ist dies ein bemerkenswertes Faktum. Entgegen aller üblichen Beschwörungen von einer Einheit der Nation, wie sie sowohl von Liberalen als auch von klassischen Rechtspopulisten oft zu hören ist, hat Trump nie behauptet, der Präsident „aller Amerikaner“ sein zu wollen. Die martialische Affirmation (und nicht nur die verschämte Instrumentalisierung) eines Freund-Feind-Verhältnisses innerhalb einer politischen Gemeinschaft macht einen Teil der Besonderheit des Trumpismus innerhalb des rechtspopulistischen Lagers aus.

Und drittens lässt der Rückblick auf die Ära Trump ein spezifisches Politikmuster von Populisten an der Macht erkennen, das für solche Fälle gilt, wenn sie noch unter den erschwerten Bedingungen eines komplizierten und mit vielen Vetopositionen ausgestatteten politischen Systems agieren müssen. Ich möchte dieses Politikmuster als „asymmetrische Politik“ bezeichnen. Was damit gemeint ist, lässt sich vielleicht am besten mit einem nicht so alten jüdischen Sprichwort umschreiben: „Es ist leichter, den Inhalt eines Aquariums in eine Fischsuppe zu verwandeln, als umgekehrt.“ Trump hat innenpolitisch mithilfe präsidialer Verordnungen viele zuvor bestehende Regularien etwa im Bereich der Gesundheits-,

Klima-, Steuer-, Energie-, Wissenschafts-, Immigrations- oder Umweltpolitik zu Fall gebracht, aber kaum gestalterisch agiert, indem er eigene Positionen durchgesetzt hat.

In Vielem setzt Trump eine Politik der Republikanischen Partei fort, die Jan-Werner Müller als „plutokratischen Populismus“ (Müller 2020) bezeichnet hat. Sie betreibt eine Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik, die zuvörderst dem obersten einen Prozent der Bevölkerung zugutekommt und die höchst unpopulär ist, weswegen sie mit Kulturkämpfen zur Verteidigung des weißen christlichen Amerikas eine politische Ablenkungsbühne errichtet hat. Trump hat dieses Politikmuster perfektioniert, indem er die Destruktionspolitik seiner Regierung mit einem Twitter-Gewitter begleitet hat aus hasserfüllten Beschimpfungen seiner Kritiker, mit tausenden von Falschbehauptungen, mit rassistischen Statements und mit Aufrufen an seine Anhängerschaft, für seine Ziele auch in militanter Weise einzutreten.

Varianten des Postpopulismus

Umso wichtiger ist die Feststellung, dass die Wahl Joe Bidens und die neuerliche Mehrheit der Demokraten im Repräsentantenhaus den von Trump betretenen Weg einer weiteren institutionellen Erosion der amerikanischen Demokratie unterbrochen haben. Trump hat die Demokratie in den USA einer maximalen Belastungsprobe ausgesetzt (sofern man von bürgerkriegsähnlichen Zuständen als einer weiteren möglichen Eskalationsstufe absieht). In den Vereinigten Staaten ist im Herbst 2020 das gelungen, was in anderen Ländern, in denen Rechtspopulisten an der Macht sind – Ungarn nach dem zweiten Regierungsantritt von Orban, Polen oder die Türkei –, bislang nicht vollbracht werden konnte: der demokratische Rück-Wechsel von einem rechtspopulistischen Präsidenten zu einer Regierung, die bei der Wahl im Namen der geschriebenen und ungeschriebenen Normen der liberalen Demokratie angetreten ist.

Mit Trumps Abwahl treten die USA somit in ein neues politisches Stadium, das ich als das „postpopulistische Stadium“ bezeichnen möchte. Damit ist gemeint, dass die USA nicht mehr von einem rechtspopulistischen Präsidenten regiert werden, dass dessen Erbe die gesamte amerikanische Politik aber weiterhin stark beschäftigen wird.

Wirft man vor dem Hintergrund der mittlerweile reichhaltigen vergleichenden Populismusforschung einen etwas systematischeren Blick auf die transitorischen Verlaufsmuster populistischer Regime, so lassen sich idealtypisch fünf Pfade unterscheiden:

Real existierenden Postpopulismus kennen wir aus der empirischen Beobachtung bislang in den folgenden drei Ausprägungen: (1) Erstens als unverblühten Übergang in eine Diktatur; für dieses Verlaufsmuster steht paradigmatisch der Weg, den Venezuela unter Hugo Chavez genommen hat. (2) Zweitens als Übergang in eine als illiberal apostrophierte Demokratie, in der die politischen Spielregeln so verändert werden, dass den Regierenden die politische Macht kaum noch durch Wahlen genommen werden kann; Ungarn und Polen stehen für den Versuch der Etablierung eines solchen Systems, auch wenn sie dort noch nicht angekommen sind und zukünftig größeren Gegendruck von der Mehrheit der Mitgliedstaaten in der EU zu befürchten haben. (3) Für eine dritte Ausprägung hat Carlos de Torre den Ausdruck „serieller Populismus“ gefunden⁴; Italien steht dafür mit den mehrfachen und zwischenzeitlich unterbrochenen Amtszeiten von Silvio Berlusconi.

In allen drei dieser Fälle bedeutet die Transition in Richtung Postpopulismus aus demokratischer Perspektive keine gute Nachricht. Im ersten Fall sind die demokratischen Restmomente des Populismus abgeschafft, im zweiten Fall etabliert sich eine Art autoritäre Demokratie und im dritten Fall des Postpopulismus sind in der politische Kultur Schäden angerichtet worden, die jede nicht-populistische Regierung angesichts der Stärke populistischer Opposition (bzw. Koalitionspartner) fragil und vulnerabel werden lässt.

Nun bedarf es nicht viel Fantasie, um sich neben diesen drei historischen Fallbeispielen auch noch zwei positivere Verlaufsmuster in Richtung Postpopulismus vorzustellen. Dies ist zum einen (4) die erfolgreiche Rückkehr zum Status-quo-ante, also zu der liberalen Demokratie vor dem Sieg des Populismus, diesmal allerdings verbunden mit dem Abschreckungseffekt, den der erlebte Populismus an der Macht liefern kann. Das ist offenbar das, was Joseph Biden in seinem Wahlkampf versprach. Und da wäre zum anderen (5) der Übergang in eine neue und bessere Demokratie, als sie zu dem Zeitpunkt der populistischen Machtübernahme bestand. Dies wäre eine Ausgestaltung und Vertiefung der Demokratie, in der die Ursachen für den populistischen Siegeszug erfolgreich bekämpft werden würden. Auf diese strategische Ausrichtung ist das Agieren des linken Flügels der demokratischen Partei in den USA orientiert.

Die spannende Frage für die USA lautet also: Welche der drei zuletzt aufgelisteten Varianten der Demokratie im Zeichen des Postpopulismus wird sich dort in den kommenden Jahren durchsetzen? Als in seiner liberal-demokratischen Substanz angeschlagenes Land und somit als weiterer Kandidat für einen seriellen Populismus? Als stolze Wiedergeburt des vormals Bestehenden? Oder gar, wie es sich die linken Kräfte in der demokratischen Partei erhoffen, als

Einstieg in eine grundlegende Transition der amerikanischen Demokratie, so dass der gesellschaftliche Nährboden der rechtspopulistischen Erfolge beseitigt werden kann? Ich befürchte, dass es in den USA zu einer sechsten Variante des Postpopulismus kommen könnte: dem neuerlichen Sieg in vier Jahren von einem Rechtspopulisten oder einer Rechtspopulistin, der oder die den vom Trumpismus bereiteten Boden insofern erfolgreicher bestellt, dass ihm oder ihr nach dem Wahlsieg ein schleichender Übergang der USA in ein autokratisches System gelingen könnte.

Dass die Wahl trotz des eindeutigen Stimmenvorsprunges für Biden zu einem mehrwöchigen und knappen Wahlkrimi wurde, war nicht allein der Institution des 'Electoral College' geschuldet, sondern auch der notorischen und durch keine Tatsachen belegbaren Wahlfälschungsvorwürfe von Seiten des abgewählten Präsidenten. In Deutschland haben die meisten Kommentatoren das Electoral College als eine US-amerikanische Idiosynkrasie aufgefasst, die man aus der Geschichte der amerikanischen Demokratie verstehen müsse und die einmal mehr zeige, wie unterschiedlich die Demokratien auf der Welt doch sind (wobei meist unterschlagen wird, dass das Electoral College bei den Verfassungsberatungen in Philadelphia ganz am Schluss eingerichtet worden ist, damit die Sklavenhalterstaaten des Südens in den künftigen Vereinigten Staaten ihre politische Macht gesichert sehen konnten). Und sowieso sei man angesichts der fürchterlichen Geschichte des eigenen Landes im 20. Jahrhundert als Deutscher gut beraten, sich mit grundsätzlicher Kritik an der Verfassung der ältesten Demokratie der Welt diskret zurückzuhalten.

Ich halte eine solche Zurückhaltung für falsch, denn sie ist Ausdruck eines illusionären Verständnisses der amerikanischen Demokratie und der ideengeschichtlichen Traditionen, die an der Wiege der US-Verfassung Pate standen. Erst die Melange aus den Rahmenbedingungen demokratischer Politik im Postpopulismus sowie dem spezifischen demokratiepolitischen Erbe der amerikanischen Verfassungstradition ist es, woraus sich die Begründung für meine pessimistische Sicht auf die Zukunft der Demokratie in den USA ableitet.

Die Verfassung als Teil der amerikanischen Misere

Für die Zukunftsaussichten kommt den Spezifika des politischen Systems der USA – wobei man fast geneigt ist, in der Pluralform von „den politischen Systemen in den USA“ zu sprechen – eine besonders bedeutende Rolle zu. Kodifiziert ist das politische System der USA in den Verfassungen der einzelnen Mitgliedstaaten sowie in der Verfassung des föderalen Gesamtstaates.

⁴ So Carlos de Torre in einer Diskussion im November 2020.

Lange wurde die amerikanische Verfassung bewundert und gefeiert, insbesondere unter bundesdeutschen Beobachtern. Und auch heute noch beteiligen sich die betonten Transatlantiker unter diesen Beobachtern an solchen Sakralisierungen. Sie gehen in der Bundesrepublik zurück bis in den Beginn der „normativen Verwestlichung“ (Söllner 2018) in den 1950er und 1960er Jahren. So feierte 1962 Ernst Fraenkel, der Doyen der politikwissenschaftlichen Amerikaforschung in der Nachkriegsära, das politische System der USA in seinem Monumentalwerk „Das amerikanische Regierungssystem“ als „das großartigste Kunstwerk, das die westliche Hemisphäre hervorgebracht hat“ (Fraenkel 1962: 834). Seiner bewundernden Sicht des amerikanischen politischen Systems wäre in den USA selbst schon damals keine ungeteilte Zustimmung zuteil geworden, und sie ist heutigen Leserinnen und Lesern des Buches nur noch dann verständlich zu machen, wenn man seine damalige Darstellung und seine Bewertungen vor dem kontrastierenden Hintergrund des von Fraenkel am eigenen Leib erlebten NS-Systems versteht.

Demokratiopolitisch steht sie in der Nachkriegsära für den aufkeimenden Strang eines normativ verwestlichten demokratiethoretischen Denkens in der Bundesrepublik, zu dem in späteren Phasen Wilhelm Hennis, Alexander Schwan, Winfried Steffani und auch Claus Offe beigetragen haben und deren Verlängerungen gegenwärtig noch unschwer auch in der elaborierten Demokratiethorie von Jürgen Habermas zu erkennen sind.

Zu diesem Strang demokratiethoretischen Denkens gehört die Einsicht in die Bedeutung der soziokulturellen Voraussetzungen für das Funktionieren von politischen Ordnungen. Herfried Münkler verwendet dafür den Terminus der „soziokulturellen Ressourcen der Demokratie“ (Münkler 1997: 156) und versteht darunter im Kern das Gleiche wie Habermas mit den eingangs zitierten „informellen kulturellen Voraussetzungen“. Gemeint ist damit eine sehr alte Einsicht, die bis zu Autoren der Antike wie Aristoteles, der frühen Neuzeit wie Machiavelli oder des Neubeginns demokratischen Denkens wie Spinoza oder Rousseau zurückreicht. Ihnen allen ist die Überzeugung gemein, dass es für das Funktionieren politischer Ordnungen nicht genügt, ein möglichst kluges Arrangement der Institutionen gefunden zu haben, sondern dass es zusätzlich auch auf die Verhaltensdispositionen der in und mit den Institutionen Wirkenden ankommt. Für diese Verhaltensdispositionen werden zuweilen auch die Begriffe ‚Bürgertugend‘ oder ‚Bürgersinn‘ verwendet. Der kompetente Umgang mit diesen „Zumutungen der Demokratie“ (Buchstein 2009: 80 ff) muss in jeder Generation neu erworben und durch politische Alltagspraktiken immer wieder aufs Neue regeneriert werden.

Dieser Grundgedanke findet sich auch in Fraenkels pluralistischer Demokratiethorie wieder. Bei aller gegenwärtigen berechtigten Kritik an seinen damaligen Analysen des amerikanischen Regierungssystems fällt bei der heutigen Lektüre seines Buches überdies auf, wie explizit er in seinen generalisierenden

demokratiethoretischen Reflexionen über die USA immer wieder eine funktionale Notwendigkeit betont: Das komplizierte und historisch gewachsene politische System in den USA kann nur dann funktionieren, wenn die politischen Eliten aus den unterschiedlichen Parteien und Einzelstaaten über spezifische soziomoralische Ressourcen verfügen, die sich in einen hohen Grad an parteiübergreifender Kooperationsbereitschaft ausdrückt. Den Preis für diese Kooperationsbereitschaft bezeichnete Fraenkel an verschiedenen Stellen seiner historischen Analysen als nahezu unsäglich hoch – so etwa, wenn er an die Kompromissbereitschaft der Nordstaaten nach Beendigung des Bürgerkrieges und an die Zurückhaltung des Nordens gegenüber rigideren Maßnahmen zur Durchsetzung der Bürgerrechte der Afro-Amerikaner in den Südstaaten erinnerte. Insgesamt aber sah Fraenkel Mitte des 20. Jahrhunderts in den USA das Wirken einer kooperationsfähigen politischen Elitenkultur und verband diese Einschätzung mit der Hoffnung auf weitere demokratische Fortschritte, wie der vollständigen gesellschaftlichen Integration der Afro-Amerikaner und dem weiteren Ausbau des Wohlfahrtsstaats.

Diese beiden Fortschrittshoffnungen Fraenkels haben sich bis heute nicht erfüllt. Im Gegenteil. Die Geschichte der seit Fraenkels Analyse vergangenen 60 Jahre lässt sich für die USA eher als eine Geschichte des Abbaus von Wohlfahrtsstaatlichkeit und eines sich verfestigenden institutionellen Rassismus schreiben. Könnte man den 1975 verstorbenen Ernst Fraenkel heute dazu befragen, dann müsste er sich in erster Linie mit seinen damaligen Annahmen über die aufgeklärte Kooperationsbereitschaft der politischen Eliten aus den Funktionsträgern der beiden großen Parteien und den Repräsentanten der unterschiedlichen Interessen der einzelnen Bundesstaaten auseinandersetzen. Wie sehr gerade das US-amerikanische System eines solchen Willens zur überparteilichen Kooperation bedarf, zeigt erst ein Blick auf die Verfassungsgeschichte des Landes, der sich von der Bewunderung Fraenkels nicht blenden lässt.

Die Gründung als Republik, nicht als Demokratie

Die Vereinigten Staaten als älteste bestehende Demokratie der Welt zu bezeichnen, ist nicht falsch. Es kommt bei einer solchen historischen Reminiszenz allerdings darauf an, wann der Beginn der Demokratie in dem Land genauer datiert wird. In ihrer Gründungsphase war die USA keine Demokratie, und diese Feststellung wird angesichts der Versklavung vieler Bewohner, der Entrechtung und Vernichtung der indigenen Bevölkerung oder des Ausschlusses der Frauen von politischen Rechten nicht aufgrund heutiger Kriterien für die Einordnung politi-

scher Systeme getroffen. Denn auch gemäß des politischen Selbstverständnisses der Verfassungsväter, die damals den Ton angaben, waren die neu zu gründenden United States of America ausdrücklich keine Demokratie, sondern eine Republik.

Im 10. Artikel der berühmten Federalist Papers, in denen die Verfassungsbefürworter ihre Positionen im damaligen Meinungskampf begründeten, wird besonders deutlich, worin sie den Unterschied zwischen einer Demokratie und einer Republik sahen: Die Demokratie war für sie eine politische Ordnung aus der (griechischen) antiken Vergangenheit, der sie keine Zukunft geben wollten, wohingegen sie in der aus der (römischen) Antike stammenden Republik ihr politisches Zukunftsprojekt sahen. Die Demokratien, so James Madison, litten an einer „tödlichen Krankheit“ von „Instabilität, Ungerechtigkeit und Chaos“, an der sie „überall zugrunde gegangen sind“ (Federalist 1789: 50) und in der sich „das Haupt der Tyrannei“ (Federalist 1789: 300) bei jeder günstigen Gelegenheit sofort erhebt. Die Demokratie wird in der Gründungsphase der USA in den Schriften der Befürworter der neuen Verfassung als ein negativer Kampfbegriff eingeführt, die es zu verhindern gilt. Positiv konnotiert wird dagegen die Republik, die gegenüber den beklagten Mängeln der Demokratie die Hoffnung auf Ordnung und Stabilität bieten soll: „Eine Republik, womit ich ein Regierungssystem meine, in dem das Konzept der Repräsentation verwirklicht ist, eröffnet ganz andere Perspektiven und bietet das Heilmittel, das wir suchen.“ (Federalist 1789: 55). Im Republikverständnis der amerikanischen Verfassungsväter verstecken sich zwei grundlegende Gedanken: ein traditioneller und einen neuer.

Der traditionelle Gedanke besteht darin, die Republik als eine gemischte Verfassung zu verstehen. Diese Idee reicht zurück bis zu Überlegungen von Aristoteles in seiner ‚Politik‘ und den daran anknüpfenden Beschreibungen des politischen Systems des römischen Reiches von Polybios und Cicero. Folgt man Cicero, so zeichnet sich das römische Reich durch seine besonders gelungene Form der Kombination von drei miteinander konkurrierenden verfassungsprägenden Elementen aus: der Herrschaft des Einen (Monarchie), der Wenigen (Aristokratie) sowie der Vielen (Demokratie). Den Verfechtern von „reinen“ Verfassungsformen hält diese Traditionslinie des politischen Denkens entgegen, dass solche Ordnungen in blindwütige Herrschaft von Tyrannen oder Bürgerkriege abdriften und letztlich die bürgerliche Freiheit vernichten würden.

Aber auch bei der Mischung kam es Cicero – und heutige Cocktail-Kenner wird diese Erkenntnis kaum überraschen – auf die richtige Dosierung der Ingredienzen an. Karthago beispielsweise hielt er vor, das demokratische Element zu stark ausgeprägt zu haben. Anders sei es im Falle Roms, das er als besonders gut gemischt bewertete. Wobei es für das Verständnis der späteren ideenpolitischen Karriere des Republikgedankens hilfreich ist, sich vor Augen zu halten, dass die von Cicero gefeierte römische Mischung de facto ein starkes Übergewicht des aris-

tokratischen (wenn man nicht sagen möchte: oligarchischen) Elements hatte. In dieser klassischen Tradition, inklusive des Grundgedankens der unbedingten und massiven Einhegung der demokratischen Elemente, steht das Republikverständnis der Verfassungsbefürworter während der Gründungsdebatten der USA.

Elitenrepräsentation

Der zweite zentrale Gedanke, der dem Verfassungssystem der USA zugrunde liegt, ist eine für damalige Verhältnisse neue Begründung für das Repräsentativsystem. Inspiriert von den klassischen Autoren der damaligen politischen Ideengeschichtsschreibung galt die Sorge von Madison und seinen Co-Autoren der Rolle von „factions“, womit sie feste Gruppen von Bürgern meinten, die aus weltanschaulichen, finanziellen oder anderen Interessen heraus ihre Mitbürger zu unterdrücken trachteten. Um die negativen Auswirkungen solcher Gruppenbildungen zu vermeiden, gibt es laut Madison in Federalist Nummer 10 zwei Methoden: entweder die rigorose Unterdrückung von „factions“ – was aber dem Freiheitsanspruch der Republikgründer widersprach –, oder aber „die Beherrschung ihrer Konsequenzen“ (Federalist 1789: 51).

Den zweiten Weg zu wählen bedeutete nach Madison, sich für eine großräumige Republik einzusetzen, in der die Interessenlagen möglichst heterogen verteilt sind. Denn in einem solchen Fall, so die von ihm angestellte politische Wahrscheinlichkeitsrechnung, ist am wenigsten zu erwarten, dass sich eine einzelne „faction“ über alle anderen in eine tyrannische Machtposition manövrieren kann. Dieses Loblied auf die stetige Konkurrenz vieler Minderheiten und ihrer wechselseitigen Neutralisierung bedeutet dann aber auch, dass man sich vom antiken Ideal der Versammlung aller Bürger ein für alle Mal verabschieden und nach Formen der politischen Repräsentation sinnen muss.

Die Entscheidung für ein großräumiges Repräsentativsystem bietet den Federalists zufolge noch einen weiteren Vorteil. Im politischen Wettbewerb um die Führungspositionen würden „charakterlose, unwürdige Personen“ (Federalist 1789: 56) unterliegen und die Wahrscheinlichkeit steigen, dass „man die Männer bevorzugt, die sich durch herausragende Verdienste und durch eine offene und allseits anerkannte Persönlichkeit hervorgetan haben“ (Federalist 1798: 56). Diese Elite aus herausragenden Persönlichkeiten werde in ihren Beratungen und Entscheidungen auf den Sitzungen der Repräsentativkörperschaften die irrationalen Leidenschaften des Volkes gleichsam herausfiltern. Das repräsentative Regierungssystem der USA ist aus der Angst vor der Partizipation der breiten Bevölkerungsmasse entstanden, die damals zu einem Großteil aus Analphabeten und



Verarmten bestand. Diese – Bernhard Manin nennt sie die „aristokratische“ (vgl. Manin 2007: 198) – Komponente im Regierungssystem der USA zehrt ebenfalls von der Annahme, dass die Repräsentanten dazu bereit und in der Lage sind, im Interesse des Gemeinwohls miteinander zu kooperieren, ähnlich dem, was im Eingangszitat von Habermas als informelle kulturelle Voraussetzung genannt worden war.

Die Antiquiertheit der amerikanischen Verfassung

Bis heute wird die amerikanische Verfassung vielstimmig gefeiert. Und eines ist bei den Jubelworten völlig richtig: Im Jahre 1788 ratifiziert, ist sie die älteste noch heute geltende Verfassung der Welt. Auch hat sie in den vergangenen 232 Jahren ihrer Existenz vergleichsweise wenige Änderungen erfahren müssen oder dürfen. Aus dieser historischen Patina zieht die Verfassung der USA einen Großteil ihrer Legitimationskraft, die Akten einer Sakralisierung gleichkommt. Eine der Folgen dieser Sakralisierung ist, dass sich quasi im Gegenzug jede Kritik an der Verfassungsordnung der USA sofort dem Verdacht ausgesetzt sieht, historisch Bewährtes aus durchsichtigen politischen Gründen in Frage stellen zu wollen.

Dennoch ist die Antiquiertheit der amerikanischen Verfassung offensichtlich. Denn nicht nur die USA haben sich seitdem in territorialer Hinsicht gravierend

verändert, sondern sie sind auch in ökonomischer, ethnischer, sozialer, medialer und technologischer Hinsicht zu einer völlig anderen Gesellschaft geworden. Benjamin Franklin hatte kurz vor der Ratifizierung der Verfassung den Blitzableiter erfunden. Technisch hat es seitdem viele Innovationen gegeben – kaum aber substantielle Veränderungen am Wortlaut der amerikanischen Verfassung.

Die vielen seit Gründung der USA eingetretenen Wandlungsprozesse konnten die Verfassungsväter beim besten Willen nicht voraussehen.⁵ Dies gilt in besonderem Maße für Veränderungen, die bis in den Kernbereich des politischen Systems der USA hineinreichen, jedoch unterhalb von Wortlautänderungen der Verfassung erfolgten. Dazu gehört beispielsweise die exponierte Rolle des Supreme Court. Der Verfassungstext kannte zwar eine Hierarchie von Gerichten, jedoch noch keine heutige Verfassungsgerichtsbarkeit. Dies betrifft des Weiteren die Ausweitungen des Wahlrechts, die ab 1820 einsetzten und damit den Übergang der USA zu einer Massendemokratie einläuteten. Dies betrifft drittens die zentrale Rolle von politischen Parteien, die von den Verfassungsvätern nicht antizipiert worden war. Und dies gilt schließlich auch für die mit der Demokratisierung einhergehende zunehmende Bedeutung von Massenmedien für die politische Kommunikation und massenmedial ausgetragene Wahlkämpfe.

Zwar wurde mit den Verfassungsergänzungen zum Wahlrecht für Afroamerikaner und Frauen ein wesentlicher Beitrag zu Erweiterung der demokratischen Legitimation des politischen Systems geleistet, ansonsten jedoch fanden die aufgelisteten Veränderungen keinen Niederschlag in der Verfassung der USA. Stattdessen ist das Land in einer Art halbierten Demokratie bzw. liberalen Oligarchie stecken geblieben. Die Rechtsprechung des Supreme Court hat im Jahr 2010 neuerlich jegliche Beschränkung der Spenden von Privatleuten und Firmen für Wahlkampfzwecke aufgehoben mit dem Ergebnis, dass in den USA ohne die Unterstützung finanzstarker Eliten keine Wahlen gewonnen werden können. Zugleich sorgen die Institutionen des Electoral College und des Senats dafür, dass eine konservative Minderheit überproportional Macht ausüben kann.

Um ihre Antiquiertheit abzulegen, benötigen die USA eine grundlegende Verfassungsreform. Zu dieser kann es jedoch nicht kommen, weil die in die Verfassung eingebauten Hürden für eine solche Neugestaltung (Zustimmung großer Mehrheiten im Senat und im Repräsentantenhaus) die politischen Profiteure des Status quo in eine unantastbare Machtposition gebracht haben. Legale Änderungen bleiben faktisch ausgeschlossen. Es bliebe nur die Aussicht auf eine verfassungsändernde Revolution – auf die man angesichts der Verteilungsproportion der Waffen im Lande nicht wirklich hoffen sollte.

⁵ Zu diesen und anderen Veränderungen vgl. Dahl (2001: 7–40).

Bidens Perspektiven – und was danach?

Albrecht von Lucke hat die drei Phasen, die die demokratische Welt seit den ersten Hochrechnungen aus den Vereinigten Staaten durchmachten, treffend als Schock, Erleichterung und Ernüchterung bezeichnet (Lucke 2020: 5). Denn die Aussichten für die Präsidentschaft von Joseph Biden und seiner Vizepräsidentin Kamala Harris sind alles andere als rosig. Ihrer politischen Handlungsfähigkeit sind enge Grenzen gesetzt. Für einen konfrontativen Weg gegen die republikanische Opposition sind die Mehrheiten der demokratischen Partei in den maßgebenden Institutionen zu knapp und fehlt es an der dafür notwendigen breiten gesellschaftliche Unterstützung sowie wohl auch an dem politischen Willen der Führungsriege der Demokraten. So wünschenswert es beispielsweise wäre, den in der Ära Trump mit illegitimen Methoden majorisierten Supreme Court mit drei liberal ausgerichteten Richterinnen und Richtern zu ergänzen, so wenig wird dies geschehen: Schon Roosevelt ist mit diesem Vorhaben seinerzeit gescheitert.

Als Alternative zum konfrontativen Weg bleibt der kooperative, den Biden in seinen Wahlkampfreden immer wieder geradezu beschworen hat. Doch dafür bedarf es aus den oben geschilderten verfassungshistorischen Gründen einer hohen Kooperationsbereitschaft von großen Teilen der politischen Elite aus beiden Parteien. Danach sieht es, zumindest was man aus Reihen der führenden Republikaner hört und liest, selbst nach den Ereignissen vom 6. Januar 2021 nicht aus. Zudem wird sich vermutlich auch der größte Teil der Wählerinnen und Wähler Trumps, die zu fast 80 Prozent davon überzeugt werden konnten, dass Bidens Sieg das Resultat konspirativer Wahlbetrügereien sei, einem solchen kooperativen Schwenk spätestens bei den nächsten Zwischenwahlen in zwei Jahren entgegenstellen. Seit dem Tag nach der Wahl stricken Trump und seine Konsorten an der Dolchstoß-Legende „An der Wahlurne unbesiegt!“ und der Angriff seiner Anhänger auf das Kapitol am 6. Januar 2021 hat einen Vorgeschmack auf die Härte der zukünftigen politischen Auseinandersetzungen gegeben.

Unabhängig davon, welche Rolle die Person Trumps nach Beendigung des zweiten Impeachment-Verfahrens gegen ihn zukünftig noch in den USA spielen kann und wird, hat seine rechtspopulistische Regierungszeit die politischen Koordinaten in den USA verschoben. Auch ohne Trump bleibt den USA der Kern des Trumpismus erhalten: die autoritaristische Grundeinstellung, die das einzige statisch signifikante gemeinsame Merkmal seiner Anhänger ist (vgl. Gordon 2019: 46). Trump oder nach ihm andere rechtspopulistische Volksverhetzer werden ein permanentes mediales Trommelfeuer entfachen, gespickt mit weiteren Lügen und Verschwörungstheorien, und republikanische Politiker und Politikerinnen, die auf die Trumpsche Basis angewiesen sind, werden die Arbeit der Regierung Biden obstruieren, wo sie nur können.

Angesichts dieser Konstellation bleibt das politische System der USA trotz der knappen Mehrheiten der Demokraten in beiden Häusern des Kongresses mehr oder weniger paralysiert und die Regierung unfähig, die anstehenden gesellschaftspolitischen Probleme beherzt anzugehen und sachgerecht zu lösen; dies gilt insbesondere für die dafür unabdingbaren grundlegenden Steuerreformen und Vermögensumverteilungen. Die Gefahr ist groß, dass die gesellschaftliche Krise in den USA in den kommenden vier Jahren trotz aller progressiven Ambitionen der Regierung Biden weiter schwelen wird.

Bei den vergangenen fünf Präsidentschaftswahlen hat es ein Kandidat der Republikaner nur einmal geschafft, auch die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen in den USA zu erlangen. Die anderen republikanischen Siege waren das Artefakt des Electoral College. Die führenden Vertreter der Republikaner wissen, dass sie mit ihrem Personal und ihrer Programmatik auch in absehbarer Zukunft keine präsidentiale Mehrheit in der Bevölkerung gewinnen können. Sie wissen, dass sie in der Minderheit sind, und dieses Wissen macht sie umso aggressiver. Im Jahr 2013 sind vom Supreme Court die wichtigsten Teile des aus der Kennedy-Ära stammenden Voting Rights Act gekippt worden. Seitdem sind den Maßnahmen, mit denen in republikanisch dominierten Bundesstaaten die Stimmabgabe ihnen nicht gewogener Bevölkerungskreise behindert werden kann, fast keine Grenzen mehr gesetzt. Diese Repressionsmethoden werden dort, wo es den Republikanern möglich ist, in den kommenden Jahren zunehmen.

Die Gewinner der Obstruktionen und Wahlrechtsmanipulationen werden vermutlich die Rechtspopulisten sein. Und die Erfahrungen mit Victor Orban und Silvio Berlusconi lehren, dass ein einmal besiegter Rechtspopulismus durchaus Chancen auf ein politisches Comeback hat. Was die Person Trump oder seinen Familienclan angeht, glaube ich nicht daran. Aber wer weiß? Vielleicht wird auf dem dadurch bereiteten Boden in vier Jahren eine neue rechtspopulistische Politikerin in das Präsidentenamt gewählt, der es dann sogar noch besser als Trump gelingen wird, die Subversion der amerikanischen Demokratie von oben zu betreiben.

Bereits James Madison war besorgt, dass das von ihm und den anderen Gründervätern der USA ersonnene System der ‚Checks and Balances‘ dann an seine Grenze stoße, wenn sich die Institutionen zu ergebenen Parteigängern des Präsidenten machen. Genau dies war in der Ära Trump mit dem Senat und der Republikanischen Partei in bemerkenswert kurzer Zeit geschehen. Seit 2016 ist die amerikanische Demokratie der Einstufung von Freedom House zufolge mittlerweile weniger demokratisch als Chile, Taiwan und Tschechien und findet sich in derselben Liga wie Panama, die Mongolei und Kroatien (vgl. Levitsky/Ziblatt 2020: 47). Vier weitere Jahre unter diesem Präsidenten hätten den Übergang der USA in ein autokratisches System bedeutet.

Die Umwandlung einer liberalen Demokratie in eine Autokratie muss nicht als gravierender Bruch erfolgen, sondern kann auch ohne Verstöße gegen den Wortlaut der Verfassung geschehen. David A. Strauss hat 2018 in einem Aufsatz das Albtraumszenario einer legalen Abschaffung der Demokratie in den USA in der Ära Trump skizziert (vgl. Strauss 2018). Auch Adam Przeworski hat detailliert durchgespielt, worin die einzelnen Schritte einer solchen Subversion der amerikanischen Demokratie von oben bestehen könnten (vgl. Przeworski 2019: 188–191).

Übersetzt mit Blick auf eine mögliche neue rechtspopulistische Präsidentin in vier Jahren entstünde aus diesen Vorlagen das folgende Drehbuch: Der republikanisch dominierte Supreme Court erlaubt den Einzelstaaten größere Freiheiten beim Zuschnitt der Wahlkreise; der mehrheitlich republikanische Kongress verabschiedet ein Gesetz, das die Publikation von amtlichen Dokumenten ohne Genehmigung der jeweiligen Behörde unter Strafe stellt; die Bundesstaaten erhalten größere Freiheiten bei der Neuregelung von Wahlberechtigungserteilungen; die Präsidentin erlässt unter Rückgriff auf eine Executive Order von Präsident Eisenhower eine Verordnung, wonach alle Regierungsmitarbeiter sich gegenüber der Regierung loyal verhalten müssen; die Präsidentin erwirkt, dass Richter am Supreme Court auch von der Regierung vorgeschlagen und ernannt werden; der Kongress erlässt mit republikanischer Mehrheit neue Gesetze zur Terrorbekämpfung, die auch die präventive Verhaftung von Personen erlauben, welche eine Gefahr für die nationale Sicherheit sind; die Präsidentin erlässt Verordnungen, die zuvor in den Zuständigkeitsbereich des Kongresses fielen – der Kongress widersetzt sich dem nicht und auch der Supreme Court stimmt zu. Es wäre geschehen, völlig legal und ohne markanten Bruch der Verfassung.

Obwohl legal, hätte jeder einzelne Schritt dazu beitragen, die liberale Demokratie zu untergraben, ohne dass sich ein einziger kataklysmischer Punkt identifizieren ließe, an dem die Demokratie abgeschafft worden wäre. Jede einzelne der oben genannten Maßnahmen ist für sich genommen aus der Perspektive eines liberalen demokratischen Verfassungsstaates kritikwürdig. Aber keiner markiert allein für sich den eindeutigen Übergang in eine Autarkie.

Die um den Bestand der Demokratie oder sogar ihrer Vertiefung besorgten Politiker und Bürger werden bei einem solchen Szenario in eine schwierige Situation gebracht. Solange die Regierung keine flagranten Verfassungsbrüche betreibt, geraten sie mit ihrem Protest leicht in den Verdacht der Überreaktion. Noch schwieriger wird es dann, wenn sie es mit einem Präsidenten wie Donald Trump zu tun haben, der ungerührt all das, was ihm politisch nicht passt, als verfassungswidrig bezeichnet. Die Demokratie, so meine Schlussfolgerung aus diesem Gedankenexperiment, bedarf vieler Bürgerinnen und Bürger, denen die

Demokratie nicht nur am Herzen liegt, sondern die auch Willens und in der Lage sind, die langfristigen Auswirkungen bestimmter Schritte einer Regierung vorauszusehen, damit es nicht zu einer nahezu unbemerkten Erosion der Demokratie kommt.

Trumps Wahlniederlage hat der amerikanischen Demokratie eine Atempause im Kampf gegen ein rechtspopulistisches Abdriften verschafft. Der Schaden, den Trump und seine Anhänger mit der Verbreitung der Legende vom Wahlbetrug Bidens anrichten, ist beträchtlich. Wenn Präsident Biden verkündet, dass es nun eine vordringliche Aufgabe sei, das politisch zerrissene Land wieder zu einen, so ist das zwar grundsätzlich richtig, faktisch aber Augenwischerei. Denn die Saat aus Lügen, Hass und Wut, die in der Ära Trump in den USA gesät worden ist, wird in den kommenden Jahren weiter aufgehen. Und die Hoffnung, dass der Angriff auf das Kapitol am 6. Januar 2021 ein erschrockenes Innehalten vieler Republikaner zur Folge haben wird, weil er auf das Herzstück der amerikanischen Demokratie zielte, hat sich schon vier Wochen später als trügerisch erwiesen.

Die von Trump mit Energie versorgte Wutmaschine aus Verschwörungserzählungen und blinden Zorn ist nicht mit einem Mal stillgelegt. Es ist unzutreffend, wenn Biden und mit ihm viele europäische Kommentatoren im Gestus der Erschrockenheit verkünden, die Ereignisse des 6. Januar 2021 seien nicht das Amerika, das wir kennen. Im Gegenteil, sie repräsentieren eine lange Tradition gewaltsamer politischer Auseinandersetzungen. Die Ereignisse an diesem Tag sind der logische und vielleicht sogar unvermeidliche Kumulationspunkt einer Entwicklung in den USA, die vor 40 Jahren auf Seiten der Republikaner mit den populistischen Facetten der Regierung Ronald Reagans und dem unverhohlenen Werben der Republikaner im Süden um Stimmen von Rassisten ihren Anfang nahm und mittlerweile eine eigene Tradition im rechten Lager der USA bildet. Frühzeitig haben in den 1980er Jahren scharfsinnige Beobachter wie der Demokratietheoretiker Benjamin Barber prognostiziert, dass die ‚dünne‘ liberale Demokratie der USA einen Aufschwung des Rechtspopulismus zur Folge haben wird und vor diesem Hintergrund für ein demokratiepolitische Wende in Richtung einer ‚starken‘ Demokratie mit größeren partizipativen und sozialen Rechten plädiert (vgl. Barber 1994). Diese Rufe blieben letztlich vergeblich. Die zivilgesellschaftliche Arbeit für die heute notwendige demokratiepolitische Wende ist im Vergleich zu damals nicht leichter geworden.

In einer Demokratie kann man nur dann friedlich zusammenleben, wenn man sich auf einen demokratischen „Grundkonsens“ (Fraenkel), der die Anerkennung von unumstößlichen Regeln und ein Mindestmaß an unbestreitbaren Fakten enthält, verständigen kann. Dieses unabdingbare Fundament eines demokratischen Grundkonsenses ist in den Vereinigten Staaten in den Wochen nach der Wahl noch weiter auseinandergebrochen. Über das Schicksal der „ältesten

Demokratie der Welt“ wird der alltägliche Umgang mit dem Postpopulismus entscheiden, und zwar nicht nur von politischen Amtsträgern, sondern auch auf Seiten der Zivilgesellschaft.

Hubertus Buchstein ist seit 1998 Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Greifswald. E-Mail: buchstei@uni-greifswald.de

Literatur

- Barber, Benjamin* 1994: Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg.
- Buchstein, Hubertus* 2009: Demokratietheorie in der Kontroverse. Baden-Baden.
- Dahl, Robert A.* 2001: How Democratic is the American Constitution? New Haven.
- Federalist 1789*: Alexander Hamilton / James Madison / John Jay: Die Federalist-Artikel. Übersetzt von A. und W.P. Adams. Paderborn 1994.
- Fraenkel, Ernst* 1961: Das amerikanische Regierungssystem. In: Ders.: Gesammelte Schriften Band 4. Baden-Baden 2000, 441–833.
- Gordon, Peter E.* 2019: The Authoritarian Personality Revisited. In: Wendy Brown et al. (Hg.): Authoritarianism. Three Inquiries in Critical Theory. Chicago, 45–83.
- Habermas, Jürgen* 2019: Auch eine Geschichte der Philosophie. Band 2. Berlin.
- Jörke, Dirk / Selk, Veith* 2017: Theorien des Populismus. Hamburg.
- König, Helmut* 2020: Lüge und Täuschung in den Zeiten von Putin, Trump & Co. Bielefeld.
- Levitsky, Steven / Ziblatt, Daniel* 2018: How Democracies Die. New York.
- Levitsky, Steven / Ziblatt, Daniel* 2020: Das Ende der amerikanischen Demokratie? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/2020, 47–58.
- Lucke, Albrecht von* 2020: 3. November 2020. Der Blick in den Abgrund. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 12/2020, 5–10.
- Manin, Bernard* 2007: Kritik der repräsentativen Demokratie. Berlin.
- McCarthy, Nolan / Poole, Keith T. / Rosenthal, Howard* 2016: Polarized America. Second Edition. Cambridge/Mass.
- Mudde, Cas / Kaltwasser, Christóbal* 2019: Populismus. Berlin.
- Müller, Jan-Werner* 2016: Was ist Populismus? Berlin.
- Müller, Jan-Werner* 2020: Zum Schweigen gebrachte Mehrheit. In: Süddeutsche Zeitung vom 2. November 2020, S. 13.
- Müller, Tobias* 2020: Die Wurzeln des Populismus. Eine Ideengeschichte in den USA des 19. Jahrhunderts. Bielefeld.
- Münkler, Herfried* 1997: Der kompetente Bürger. In: Klein, Ansgar / Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Baden-Baden, 153–172.
- Przeworski, Adam* 2019: Crises of Democracy. Cambridge/New York.
- Söllner, Alfons* 2018: Political Scholar. Zur Intellektuellengeschichte des 20. Jahrhunderts. Hamburg.
- Strauss, David A.* 2018: Law and the Slow-Motion Emergency. In: Sunstein, Cass (Hg.): Can it Happen Here? New York, 365–386.
- Urbinati, Nadia* 2019: Me the People. How Populism Transforms Democracy. Cambridge/Mass.